

Huang Ping

Nach dem 11. September: Herausforderung für wen?

Der 11. September bedeutet mehr als nur einen Angriff auf ein bestimmtes Land. Aber eröffnet er auch ein neues Jahrhundert oder gar Jahrtausend? Kann er ein Anzeichen für bedeutendere und kompliziertere Veränderungen sein, die auf globaler und regionaler Ebene bereits lange vor dem 11. September eingesetzt hatten? Liegt seine wichtigste Bedeutung, ungeachtet all der Opfer und Zerstörungen sowie des Interesses der Medien und ihres Publikums, nicht in der außerordentlichen Herausforderung, die er für das mächtigste Land der Welt darstellt, das zum ersten Mal auf seinem Festland schwer und unmittelbar angegriffen wurde? Oder illustriert der 11. September nicht auch die Tatsache, dass die nach dem Kalten Krieg in zunehmender Globalisierung begriffene Welt nicht, wie von vielen optimistischen Beobachtern in China vorhergesagt, auf „Frieden und Entwicklung“ orientiert ist oder auch, wie in den Staaten behauptet wurde, auf das „Ende der Geschichte“, an dem der ideologisch motivierte Konflikt zum Erliegen kommt? Zeigt der 11. September wirklich, wie komplex, komplexer als die Behauptung vom „Zusammenstoß der Zivilisationen“, das ganze internationale System sein kann? Und weiter, verweist er wirklich auf eine Schwäche der modernen Politik, und stellt er damit eine Herausforderung für das gesamte System dar, das tief in dem Bezugsrahmen des Nationalstaates verankert ist?

Das sind die Fragen, die von fortschrittlichen Intellektuellen in China untersucht und debattiert werden. Der folgende, kurze Beitrag wird keine vollständige Darstellung dieser Diskussionen geben können. Vielmehr geht es zunächst um einen knappen Überblick zu Analysen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der jüngeren Generationen, zumal unter Internet-Usern, über den 11. September. Danach wird versucht, die Diskussionen progressiver, chinesischer Intellektueller zusammenzufassen, die in *Dushu*, oder etwa *Der Monat*, einer führenden Intellektuellen-Zeitschrift in China, erschienen sind. Schließlich werden im Artikel einige Probleme analysiert, die über den Angriff hinausgehen.

Entwicklungen in den chinesischen Gesellschaften seit den späten 1970er Jahren

Um die Diskussionen und Debatten zu verstehen, die progressive chinesische Intellektuelle über den 11. September und seine Folgen geführt haben, muss man ein wenig zurück schauen, um Einblick zu bekommen, was in den chinesischen Gesellschaften seit den späten 1970er Jahren geschehen ist, und worüber chinesische Wissenschaftler und Studenten in dieser Zeit diskutiert, sich ausgetauscht und gestritten haben. Es war die Zeit, in der China seine Politik der Offenen Tür und der Reform begann, die eine ganze Reihe von Regierungsprogrammen umfasst.

Nach nahezu drei Jahrzehnten des „sozialistischen Aufbaus“, nach dem Abtreten von Mao und seiner Kollegen bis Ende der 1970er Jahre spürte die Elite Chinas, dass das Land nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch gegenüber seinen asiatischen Nachbarn wie Japan und den asiatischen Tigerstaaten im Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen oder am Bruttoinlandsprodukt (BIP), ziemlich zurückgefallen war. Deshalb wurde Maos Prinzip des „Vertrauens in die eigenen Kräfte“ durch Dengs Strategie ersetzt, die besagte, „einige zuerst reich werden zu lassen“.¹ Eines der wichtigsten Anliegen von Deng Xiaoping war das „Aufholen“, um das BIP pro Kopf und das Durchschnittseinkommen zu erhöhen. Das war einer der Gründe, weshalb die Reform im ländlichen Teil Chinas begann und warum die Wirtschaft anstelle der Politik nun die erste Priorität für die Entwicklung des Landes erhielt. Wie Deng (1984) sagte, ist die „Wirtschaft die vorrangige Politik“.

Fast die gesamten 1980er Jahre hindurch herrschte zwischen den progressiven Intellektuellen Chinas, Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern sowie einigen jüngeren Studenten einerseits und den reformorientierten Entscheidungsträgern Chinas andererseits ein gewisses Maß an Konsens darüber, dass China sich von der unter dem Planungssystem herrschenden Armut befreien müsse und daher auch das Planungssystem selbst beseitigen, mit anderen Worten, ein Marktsystem einführen müsse. Zu diesem Zweck müsse China aus der durch den Kalten Krieg bedingten Isolation herausfinden und sich in das Weltsystem integrieren. Eine der Voraussetzungen dafür wurde darin gesehen, dass China zu allererst ein System mit einem Wettbewerbsmechanismus und damit auch mit hoher Effizienz einführen müsse.² Insgesamt waren die 1980er Jahre in China ein Jahrzehnt der „Neuen Aufklärung“, und die Intellektuellen stimmten dem scharfen Schwenk von „Politik zuerst“ auf „Wirtschaft zuerst“ in hohem Maße zu.

Eine weitere, weithin geteilte Forderung bestand darin, dass China seine Isolation von der Außenwelt überwinden müsse. Wenn auch manche behaupten werden, das sei nicht wirklich neu gewesen, weil schon Mao seit den frühen 1970er Jahren angefangen hatte, Beziehungen mit dem Westen herzustellen, so ist doch die „Inte-

gration in das Weltsystem“ während der Ära Dengs etwas entschieden anderes als die Diplomatie und Strategie Maos. Für Intellektuelle ebenso wie für Beamte bedeutet „Integration in das Weltsystem“ eine „systematische Reform“ sowohl im Hinblick auf institutionelle Arrangements wie auch auf administrative Strukturen.³ Das bedeutete beispielsweise den Austausch des gesamten Managements in Wirtschaftsunternehmen, die Umstrukturierung der Regierungsbehörden, und ein neues, auf Wettbewerb und Effizienz aufbauendes soziales Sicherheits- und Wohlfahrtsystem. Daraus wurde ein offenes Programm ohne die frühere Geheimhaltung, und für die Regierungselite ebenso wie für die jüngere Generation ist das selbstverständlich. Weitgehend aus diesem Grund wurden während der gesamten 1980er Jahre fast alle neoliberalen, ausländischen Wissenschaftler und Politiker von den chinesischen Intellektuellen und Beamten freundlich aufgenommen.

Sicherlich gab es während der 1980er Jahre reichlich Debatten darüber, wie man sich „in das Weltsystem integrieren“ sollte, wie Marktbeziehungen in die Wirtschaft eingeführt, wie das gesamte System reformiert werden sollte, wozu ja auch das Banken- und Finanzsystem, Steuern, Renten, Wohlfahrtseinrichtungen und Sozialversicherung usw. gehörten. Manche bestanden darauf, China müsse das Eigentumssystem ändern, bevor irgendetwas sonst auf die Tagesordnung gesetzt werde; andere meinten die Einführung eines Wettbewerbsmechanismus, ausgehend von einer auf dem Marktsystem beruhenden Preisreform, sei die sicherere und realistischere Methode. Aber es gab wenig Zweifel an dem „universellen Weg“ in die Welt.⁴

Ende der 1980er Jahre war eine Zeit, in der normale Chinesen Schwierigkeiten, Abweichungen und Unterschiede wahrnahmen wie hohe Arbeitslosigkeit und Inflation, Korruption ersten Ausmaßes und Umweltverschmutzung. Dies trug in hohem Maße zu den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens (*Tiananmen*) 1989 bei. Aber entscheidend für die weitere Legitimierung der Einführung der Marktwirtschaft und der Privatisierung in China war der vollständige Zusammenbruch des Sowjetsystems in Osteuropa. In der Tat wird sich höchstwahrscheinlich das Jahr 1992 als besonders bedeutsam für „Chinas Transition vom Sozialismus“ erweisen, wenn es um Markt und Privatisierung geht.⁵ Für chinesische Wissenschaftler und Studierende, aber auch für viele Beamte ist das Ende des Kalten Krieges ein wahrer Meilenstein, der deutlich macht, dass sowohl die Revolution seit Dr. Sun Yatsen⁶ wie auch die gesamte chinesische Geschichte seit der späten Qing-Dynastie, also seit den 1830er Jahren⁷, in eine falsche Richtung gelaufen sind. Mit anderen Worten: Sie verlief gegen den „universellen Weg der letzten 300 Jahre der Menschheitsgeschichte“.⁸

Während der 1990er Jahre hat China nicht nur seine Transition zum Marktsystem beschleunigt, während dieses Jahrzehnts wurde es auch stärker in die Welt des Freihandels, der Hochtechnologie und der Konsumkultur integriert.⁹ Hinzu

kommt, dass die 1990er Jahre das Jahrzehnt waren, in dem Intellektuelle, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler ihre Unterschiede, ihre Vielfalt und ihre Meinungsverschiedenheiten im Verständnis der Moderne oder der vielfältigen Modernen und in den Ansätzen zu ihrer Analyse offengelegt haben. Hierzu gehören auch die Prozesse der Urbanisierung, der Einführung der Marktbeziehungen, der Privatisierung und nicht zuletzt der Globalisierung.¹⁰

Diesen Unterschieden und Meinungsverschiedenheiten lagen die Tatsachen eines schnellen Wirtschaftswachstums und einer raschen, begierigen Öffnung zur Welt zugrunde, was für die Gesellschaften zu neuen Herausforderungen und Problemen führt, vor allem für die Masse der kleinen Leute und der Armen.¹¹ Unter den Herausforderungen und Problemen rücken vor allem der Druck der hohen, städtischen Arbeitslosigkeit, die massenhafte Land-Stadt-Migration im gesamten Land, die regionalen Ungleichheiten und der größer werdende Abstand zwischen Reichen und Armen zunehmend ins öffentliche Bewusstsein. Neben dem Aufschließen von Kaufhäusern und Fünf-Sterne-Hotels, die in der ganzen Welt beachtet werden, steht der steile Niedergang der ländlichen Gesellschaft mit den Einkommensverlusten der Bauern wie auch mit der Verschlechterung der Infrastruktur und der sozialen Dienstleistungen für die ländliche Gesellschaft, die von diesen Erfolgen verdeckt und in den Schatten gerückt werden.

Reaktionen auf den 11. September

Allgemein zeigte die Elite in China starkes Mitgefühl mit den Opfern. Auch einfache Leute waren vom Angriff gegen die Vereinigten Staaten schockiert, oder zumindest erstaunt. Das liegt größtenteils daran, dass die offiziellen Reformprogramme ebenso wie die intellektuelle Neue Aufklärung seit den 1980er Jahren eine intellektuelle und politische Atmosphäre gefördert haben, die der Amerikanisierung und Globalisierung positiv gegenüber steht. Im Ergebnis wurden die USA und ihr Status als Supermacht angesichts ihrer Wissenschaft und Technologie, ihrer Bildung und Künste, ihres Management und ihrer Verwaltung, ihres Rechts- und Finanzsystems und ihrer unangreifbaren Position in der Welt als das beste Modell für China betrachtet.¹²

Bedenkt man die riesige Bevölkerung Chinas und ihre politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen seit den 1980er Jahren, so ist klar, dass die Einstellungen komplexer sind, als sich in einem einzigen Brief oder einer Internet-Botschaft zum Ausdruck bringen lässt. Es lässt sich auch leicht vorstellen, dass es in einem Land, das sehr lange schwierige Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gehabt hat, die viel weiter zurückreichen als der Koreakrieg oder der Kalte Krieg, Leute geben muss, die fanden, die Angriffe seien eine Art Vergeltung für die amerikanische Hegemonie oder „doch einmal ein Unglück für die größte Macht

und den größten Gewinner“. Man konnte solche Äußerungen im Internet ebenso wahrnehmen wie in Teehäusern und Cafés. In der Öffentlichkeit traut sich aber niemand wirklich, sich auf die Seite der Terroristen zu stellen. Die üblichste Botschaft beginnt vielmehr mit „Fluch den Terroristen! Warum aber?“

Es waren progressive Intellektuelle, die sich ein paar Gedanken mehr gemacht haben und sich um eine tiefergehende Analyse der Angriffe bemühten, und es zeigte sich, dass die Zeitschrift *Dushu* ein Forum für die weiterführende Diskussion bot.

Jenseits der verschiedenen gefühlsmäßigen Äußerungen und Reaktionen gab es auch einige Versuche, zu verstehen, was eigentlich los war, und sogar, was falsch gelaufen war. Für einige Intellektuelle in China war der 11. September mehr ein symbolischer denn ein wirklicher Angriff, trotz des enormen Verlusts an Menschenleben von Zivilisten und von Millionen Dollar an Eigentumswerten. Zweifellos waren die Angriffe sorgsam geplant und hatten einen beabsichtigten Effekt in den Weltmedien, um sowohl das darzustellen, was die Hollywood-Filme häufig zeigen, und auch, um der übrigen Welt deutlich zu machen, wie schwach eine jegliche Supermacht sein kann – nicht nur die Vereinigten Staaten. Manche argumentieren, es gehe mehr um Symbolik, weil die Angriffe nicht die eigentlichen Grundlagen der Vereinigten Staaten und ebenso wenig die Grundstruktur des heutigen Weltsystems zerstört oder erschüttert haben.

Das Problem der Nahost-Politik

Der Terrorismus ist keine neue Erscheinung; auch wenn er sich seit dem Ende des Kalten Krieges noch erschreckender ausnimmt, so finden sich seine Wurzeln schon seit geraumer Zeit im modernen Weltsystem. Wenigstens seit einem halben Jahrhundert finden sich die Völker des Nahen Ostens und besonders die Palästinenser in einer unangenehmen Situation. Diese Situation lässt sich nur verstehen, wenn man die Gesamtheit politischer Strategien betrachtet, die sich vom Westen, besonders von den Vereinigten Staaten aus, auf die Region richten. Manche Wissenschaftler behaupten, es gehe weniger um religiöse Unterschiede als um Wirtschaft und besonders um Geopolitik. Man sollte daran denken, dass die Muslime einige Jahrhunderte lang gut mit den Christen ausgekommen sind; zudem ist Fundamentalismus nicht notwendig Ursache von Terrorismus. Es gibt starke, fundamentalistische Länder, die wenigstens mit dem Westen keine Probleme haben, und selbst in westlichen Ländern wie etwa den Vereinigten Staaten gibt es starke, fundamentalistische Bewegungen, die Einfluss auf die nationale Politik ausüben. Es gibt im gesamten Nahen Osten sowie auch ihm gegenüber unausgewogene politische Strategien und Taktiken, und sogar manche proamerikanische, arabische Fachleute, die im Westen arbeiten, sind darüber überaus unglücklich.

Ohne diese historische Perspektive, wäre es schwer verständlich, warum „sie uns (die USA) so sehr hassen“. Wenn es leicht nachvollziehbar ist, warum es unter gewöhnlichen Leuten in den Vereinigten Staaten so starke Gefühle des Patriotismus und Forderungen nach Gegenangriffen gibt, so ist es vielleicht doch noch nicht zu spät, das gesamte Gerüst der US-Außenpolitik neu zu überdenken und die Politik zu überprüfen, die in hohem Maße dabei versagt, den Frieden im Nahen Osten, in Zentral- und Südasien zu bewahren. Einfach und hastig alle möglichen finanziellen und militärischen Ressourcen zu mobilisieren, um eine Gruppe von Terroristen zu jagen oder zu bombardieren, die, sagen wir, von Bin Laden geführt wird, ohne dabei Fragen nach der übergreifenden Strategie und Taktik der US-Politik zu stellen, wäre sehr kurzsichtig.¹³

Es geht darum, ob wir uns in dem historischen Augenblick befinden, wo wir das „Ende der Geschichte“ zu feiern haben, oder an einem entscheidenden Kreuzweg, wo wir uns aus der Falle der politischen und/oder ideologischen Stereotypen vom „Zusammenstoß der Zivilisationen“ befreien können.

Die Moderne und das Problem des Nationalstaates¹⁴

Einige Überlegungen gehen weiter als politische Strategie und Taktik und behaupten, das Problem liege in der Moderne selbst und ihrem wichtigsten institutionellen Ergebnis: dem Gerüst des Nationalstaates. Die Angriffe des 11. September wurden nicht von armen Missetätern in irgendwelchen abgelegenen Bergen geplant, die sich dort mit Fundamentalismus, „Jihad“ oder irrationaler Selbstaufopferung befassen. Sie waren in grundlegender Weise eine Konsequenz der Moderne selbst, die für einige so viele großartige Möglichkeiten schafft, während sie anderen – nicht unbedingt nur den Armen – das Gefühl so tiefer Marginalisierung gibt.

Es handelt sich daher weder um Krieg in irgendeinem konventionellem Verständnis – so hat sich vor oder nach den Angriffen niemand ihrer gerühmt –, noch gingen die Angriffe etwa von einem Nationalstaat oder einer Staatengruppe aus. Wenn es auch nicht wirklich entscheidend ist, ob die Angriffe von einer Handvoll Extremisten aus einer bestimmten Region mit einem bestimmten religiösen oder ethnischen Hintergrund ausgingen, so wäre es doch ein Fehler, wenn wir den 11. September vereinfachend der Selbstmordmission von ein paar armen, hoffnungslosen Menschen zuschreiben würden. Vielmehr gehörten Leute dazu, die reich waren, die höhere Abschlüsse in technischen Fächern hatten und die sich etwa ein Jahrzehnt lang mitten im Bereich weltlicher Aktivitäten aufgehalten hatten. Sie sind sogar von verschiedenen Supermächten im Westen bewaffnet und unterstützt worden!

Die Beiträge, die im November und Dezember 2001 in *Dushu* veröffentlicht wurden, enthalten einige interessante Interpretationen, die es wert sind, berücksichtigt zu werden. Die Autoren unternehmen es weniger, herauszufinden, wer im einzelnen die „Übeltäter“ waren, sondern sie versuchen zu verstehen, wie widersprüchlich und problematisch Moderne und Nationalstaat in Wirklichkeit sind. Sie behaupten, dass der Terrorismus in der Welt von heute ein integrierender und institutionalisierter Bestandteil der Moderne ist. Nur wenn wir uns an das Stereotyp von modern vs. traditional, zivilisiert vs. barbarisch, der Westen vs. der „Rest“ ketten, können wir der Ansicht sein, die Angriffe des 11. September seien von irgendwelchen vormodernen Barbaren geplant worden. Die Gewalt wurde innerhalb des modernen Systems industrialisiert und institutionalisiert, und dies ist einer der Schlüssel zum Verständnis des Dilemmas der Moderne. Es ist die Moderne, die einerseits Demokratie, Freiheit, Freizügigkeit und Rechtsstaatlichkeit im Innern fördert und legitimiert und so die bürgerlichen Rechte absichert und garantiert, und die andererseits Gewalt mobilisiert, institutionalisiert und industrialisiert als Grundlage für den Schutz von Territorium, Souveränität und nationalem Interesse. Es hat niemals Kriege gegeben wie die des 20. Jahrhunderts, die alle im Bezugsrahmen des nationalstaatlichen Systems begonnen und systematisiert wurden. Der Nationalstaat als das wesentliche Gerüst der Moderne ist im Grunde der organisierte und industrialisierte Gewaltbehälter. Der Unterschied und die Herausforderung bestehen *dieses Mal* darin, dass der „Krieg“ nicht durch einen anderen Nationalstaat erklärt worden ist und auch nicht notwendigerweise durch eine spezifische Achse „böser Nationen“ – wenigstens gibt es dafür noch keine Beweise. Die Terroristen können ebenso gut verstreute Organisationen von irgend- und nirgendwo sein.

Deshalb besteht die zentrale Frage auch nicht darin, ob es wirklich Bin Laden oder die Taliban waren, von denen die Angriffe ausgegangen sind, und sie betrifft auch nicht die Methode, wie man die Terroristen mit den wenigsten eigenen Verlusten fangen kann oder ob es notwendig ist, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen; es geht vielmehr darum, das System selbst zu überprüfen und zu überdenken, um einzusehen, wie die globalen Ströme von Kapital, Technologie, Information und, vor allem anderen, von Menschen als notwendige Folge des nationalstaatlichen Systems paradoxerweise eben dieses System in Frage stellen (vgl. Huang Ping 2001).

Die Hochmoderne hat weder einen Mechanismus entwickelt, der menschliche Wesen von organisierter Gewalt abhalten könnte, noch einen, der Menschen davor bewahren könnte, von bewaffneten Niemanden angegriffen zu werden. Alles und jedes lässt sich rechtfertigen, wenn es an einen bestimmten Nationalstaat gebunden ist; von der Wirtschaft bis zur Identität wird alles zu nationalem Hab und nationalem Gut. Im Zeitalter der Globalisierung oder der globalen Ströme von Kapital,

Technologie, Information und Menschen wird diese Perspektive aber zunehmend problematisch. Alles wird heute transnational. Mehr als ein Jahrzehnt lang haben wir Reaktionen und Gegenaktionen gegenüber dieser „Globalisierung“ gesehen. Beispiele sind etwa „der Aufstieg des Nationalismus in vielen Teilen der Welt, des Faschismus in einigen Regionen und weiter der regionale und transnationale Terrorismus“ (Huang Ping 2000). Die Terroristen des 11. September richteten sich nicht allein gegen die Vereinigten Staaten als Nationalstaat; das World Trade Center war mehr ein multi- und transnationaler Ort als eine US-Immobilie.

Heute sorgen sich aufgrund des 11. September alle um Terrorismus und Terroristen. Was ist Terrorismus? Wer sind die Terroristen? Woher kommen sie? Es ist klar, dass sie das World Trade Center nicht im Namen eines bestimmten Nationalstaates oder einer Regierung angegriffen haben, und es handelt sich auch nicht um einen Krieg im konventionellen Sinn – also um einen Krieg eines Staates gegen einen anderen. Es ist eher eine umfassende Herausforderung des nationalstaatlichen Systems als solchen, eine Herausforderung, die von Gruppen oder Einzelpersonen ausgeht, welche es nicht nötig haben, sich als Nationalstaat zu organisieren (vgl. Huang Ping 2001a).

Was hat sich in der Welt von heute verändert?

Der 11. September hat viele Menschen veranlasst sich zu fragen, ob dieses Ereignis zu grundlegenden Veränderungen in der Welt geführt hat. Autoren, die Beiträge in *Dushu* veröffentlicht haben, waren an diesem Austausch beteiligt. Hier sind einige der Fragen, die gestellt wurden:¹⁵

1. Fast unmittelbar nach den Angriffen wurden sie in allen Teilen der Welt verurteilt, und Menschen mobilisierten sich. Das war vor allem auf die tragischen Verluste an Menschenleben von Zivilisten und die völlige Zerstörung des bekanntesten Handelszentrum der Welt zurückzuführen. Weitere Gründe waren die Wirkung der globalen Medien und der Umstand, dass eine Supermacht betroffen war. Es besteht ein weltweiter Konsens über die Bedrohung, die vom globalen Terrorismus ausgeht; wären aber keine Massenmedien zur Stelle gewesen und, wichtiger noch, wäre nicht eine Supermacht involviert gewesen – und die einflussreichste mit der größten Autorität wurde dieses Mal angegriffen – so wäre es undenkbar gewesen, dass irgend ein Nationalstaat oder wenigstens seine Regierung so effizient funktioniert hätten. Das führt auf eine andere Frage: Hätten die Angriffe woanders stattgefunden, zumal in einem armen, abgelegenen Gebiet eines kleinen Landes, wo es vielleicht sogar mehr Opfer gegeben haben könnte – was wäre die internationale Reaktion gewesen? Wir müssen uns fragen: Welches sind die soziopolitischen Ursachen dieser Reaktion auf den Terrorismus?

2. Wegen der terroristischen Angriffe sind wir gezwungen, unsere Vorstellungen von „Krieg“, „Zivilisation“ und „internationaler Ordnung“ neu zu bedenken und vielleicht neu zu definieren. In der Tat bildet sich gegenwärtig zusammen mit der Allianz gegen den Terrorismus auch eine neue internationale Ordnung. Dieses Mal waren alle Nationalstaaten oder Regierungen mit nur wenigen Ausnahmen über Nacht vereint. Außerdem wird es erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg dazu kommen, dass einige Länder wie etwa Japan sich mit anderen zu Militäraktionen zusammen tun – für Japan handelt es sich um die „logistische Unterstützung“ von Militäroperationen; für China geht es ebenfalls erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg um eine solche Allianz mit den Vereinigten Staaten, und für einige andere ist es das erste Mal, dass sie ihren Luftraum ohne Bedingungen für die US-Streitkräfte öffnen. Eine solch mächtige Allianz hat die Welt zuvor noch nicht gesehen; bedeutsamer ist aber, dass diese Allianz erstmals gebildet wurde, um gegen eine nicht-nationalstaatliche Organisation oder eben gegen organisierte Terroristen wie die Taliban oder Bin Laden zu kämpfen. Es gab eine Kriegserklärung, aber nicht gegen einen Nationalstaat. Ein solcher Wandel im Bezugsfeld des Krieges (oder der Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts) ist etwas, mit dem wir ernsthaft werden fertig werden müssen. Diese Veränderung auf internationaler Ebene ist viel mehr als eine emotionale oder auch rationale Reaktion oder als ein vernünftiger Gegenangriff oder auch als eine Art Rache; es geht nicht allein darum, wie die Vereinigten Staaten reagieren. Man muss sich vielmehr fragen, ob diese offenkundigen Veränderungen von Dauer sind: Werden sie diesen historischen Augenblick überleben und eine grundlegende Neustrukturierung der Weltordnung bezeichnen (vgl. Wang Hui 2001)?
3. Es geht nicht allein darum, wie man Krieg und Zivilisation definiert, sondern auch um eine Überprüfung unseres tief verwurzelten, politischen Unbewussten. Nicht nur Politiker, sondern auch Journalisten, Wissenschaftler und gewöhnliche Bürger haben sehr verzerrte Vorstellungen vom „Anderen“. Wir bezeichnen die Angriffe häufig als Beleg für den „Zusammenstoß der Zivilisationen“, die Gegenangriffe als „Kreuzzüge“ und reduzieren das Problem sogar auf eine Schlacht zwischen Gut und Böse! Werden diese Schemata tief, aber unbewusst in unserem Denken gehegt? Einige meinen, man müsse den altmodischen Kolonialismus wiederherstellen, um die globale Ordnung aufrecht zu erhalten. Patriotische, nationalistische und rassistische Zeitungen sind gleichzeitig und paradoxerweise plötzlich wieder auf unserem Frühstückstisch zu finden. Die politische und moralische *correctness* kann dieses Unbewusste nicht ablegen, mit dem die Auseinandersetzung schwerer fallen könnte als mit einer Gruppe von Terroristen oder Extremisten in ein paar Höhlen in Afghanistan. Wenn es uns nicht gelingt, die so geschaffenen Bruchstellen zwischen Kulturen und

Völkern zu überwinden, wird jeglicher Frieden und jegliche Ordnung nach einem Krieg gegen den Terrorismus im besten Falle unbeständig sein. Gibt es für uns etwas Wichtigeres als zu bedenken, wo wir stehen, mit wem, für wen und gegen wen (vgl. Wang Hui 2001)?

4. Nicht zuletzt stellt sich das Problem des binären Ansatzes. Wir haben uns daran gewöhnt, in einem Bezugsrahmen des Entweder-Oder zu denken und zu handeln. Wieder geht es um mehr als einfach nur die Frage, ob China oder andere Länder dieses Mal mit „uns“, den USA, sind; es ist eine Frage der Möglichkeiten. Wäre die Welt wirklich nach dem Kriterium von entweder schwarz oder weiß eingeteilt und *nur* nach schwarz vs. weiß, so wäre die Antwort weit einfacher. Seit der Aufklärung haben wir uns an eine Art und Weise zu denken und zu fragen gewöhnt: Was wollen wir wirklich? Entweder das Moderne oder das Traditionale, die Reichen oder die Armen, „wir“ (also die USA) oder die Anderen, der Westen oder der „Rest“ – und so weiter. Wir müssen uns entscheiden. In den meisten Fällen ziehen wir das Erste dem Zweiten vor. Wenn wir unsere Entscheidung fällen, ignorieren wir ganz undifferenziert das enorme Spektrum der Möglichkeiten dazwischen. Mittels eines solchen Paradigma des Entweder-Oder haben wir neben vielem anderen kaum je die enorme Zahl von Flüchtlingen wahrgenommen, die zunehmende Anzahl von Touristen, die illegal ihren Aufenthalt verlängern, die Millionen billiger Arbeitsmigranten, die sich alle tatsächlich irgendwo dazwischen befinden, ganz zu schweigen von jenen Kulturen und Völkern, die niemals wissen, was läuft oder schief geht zwischen dem Guten und dem Bösen. Geht es uns darum, das alte chinesische Sprichwort zu beweisen, dass „wo es Krieg zwischen Gut und Böse gibt, dies die breite Masse ins Verderben führt“ (vgl. Huang Ping 2001a)?

Herausforderungen für China

Zurück zu den Problemen Chinas. Wenn die Globalisierung nichts wirklich Neues ist, weil es schon seit einigen Jahrhunderten Marktexpansion gegeben hat, so geht es um das nationalstaatliche System, das in hohem Maß Ergebnis der Moderne und geradezu der Behälter der Moderne ist. Hinzu kommt der transnationale oder trans-regionale Strom von Kapital, Technologie, Information und Menschen. Zu den transnationalen Erscheinungen gehört auch manches Negative, das die Optimisten des Endes der Geschichte zu Beginn der 1990er Jahre nicht so deutlich sahen, das aber nach dem 11. September offenkundiger zu sein scheint: Menschenhandel und Schmuggel, Drogenhandel und verschiedene Formen des Fundamentalismus und des Terrorismus. Die Globalisierung wird vielleicht heute zu einer ernsthaften Herausforderung des nationalstaatlichen Systems im Allgemeinen, nach dem alles durch die Nation oder doch in ihrem Namen organisiert wird.

Deshalb nehmen wir ganz selbstverständlich an, dass jedes Mal, wenn wir über die Wirtschaft reden, die nationale Volkswirtschaft gemeint ist. Mehr noch, wir betrachten Politik, Kultur, Identität und sogar die Wissenschaft als national; und in besonderem Maße tun das die Entwicklungsländer wie China (und Indien?), die den Aufbau ihrer Nation zu einem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen haben, zu dem der Nationalstaat als System selbst bereits in Frage steht. Ein Beispiel sind die „Neureichen“ in diesen Ländern, die nicht unbedingt eine Mittelklasse sind, die aber die Basis für politische Unterstützung und Besteuerung darstellen und sich doch selbst eher in transnationalen Handlungsfeldern bewegen.

Unter diesen Bedingungen werden die chinesischen Fragen zu globalen Fragen. So wird etwa im Zuge einer massiven Land-Stadt-Migration die Frage „Wer soll China ernähren?“ zu einem wirklich heißen Eisen (vgl. Brown 1994). Einer der bedeutsamsten Zwänge, denen China sich gegenübergesehen hat, ist seit der Qing-Dynastie im 18. Jahrhundert das unausgewogene Verhältnis zwischen einem schnellen Bevölkerungswachstum und immer begrenzterem Ackerland gewesen; alle Konflikte, Rebellionen, Revolutionen und Reformen gehen teilweise darauf zurück. Die moderne chinesische Geschichte zeigt, dass, gleichgültig in wessen Namen oder nach welchem Prinzip, diejenigen, die dieses Problem gelöst oder zwar nicht unbedingt gelöst, aber doch erleichtert, verringert oder sogar aufgeschoben haben, die Sieger gewesen sind. Von Dr. Sun Yatsen über Chiang Kaishek bis zu Mao und Deng konnten sie alle nicht gewinnen und überleben, wenn sie das nicht grundsätzlich gut gemacht haben.

Während der Periode Maos hat China versucht, seine Agrarproduktion und besonders seine Nahrungsmittelproduktion durch Landreform, Kollektivierung, Kommunen usw. zu erhöhen. As Deng Ende der 1970er Jahre an die Macht kam, glaubten die Behörden ebenso wie die Intellektuellen, dass China endlich den Schlüssel gefunden habe: eine friedliche Transition von der Kommune zur Verantwortlichkeit des Haushaltes und später von der kollektivierten ländlichen Wirtschaft zur gleichmäßigen Neuverteilung des Ackerlandes an Einzelpersonen und daher zur Rückkehr zu einer auf Haushalten basierenden bäuerlichen Wirtschaft.

Die Probleme begannen Mitte der 1980er Jahre. Ab 1985 gab es Schwierigkeiten wie zu geringe Kapitalinvestitionen, sinkende Preise für landwirtschaftliche Produkte und, vielleicht noch wichtiger, aber weniger offensichtlich, das Fehlen von Hilfsmitteln und Management bei der Bewässerung und anderen Arten grundlegender Dienstleistungen und Sicherungsmaßnahmen für die ländliche Wirtschaft, die ländlichen Gemeinden und die Menschen auf dem Land. Die Mitte der 1980er Jahre war für China eine wichtige Zeit nicht nur, weil die Behörden die städtischen Reformen einleiteten, die sich durch ihren *top-down*-Ansatz grundlegend von denen auf dem Lande unterschieden, sondern auch, weil dies die Zeit war, als die Regierung erstmals drei Märkte öffnete: für Boden, für Aktien und für ausländi-

sche Direktinvestitionen. Weil man weithin annahm, die ländlichen Probleme böten keine ernsten Schwierigkeiten mehr, wurde dem städtischen Bereich größere Aufmerksamkeit zuteil und ein Großteil des Budgets wurde dahin umgelenkt.

Mitte der 1980er Jahre bemühten sich die Bauern in ganz Zentralchina sehr, das Marktsystem zu verstehen und ihm zu folgen, aber ohne jegliche Unterstützung und ohne die notwendigen Informationsdienste sahen sie sich großen Schwierigkeiten gegenüber: Fast immer, wenn sie etwas pflanzten, wurde es von außen importiert, und es gab Jahre, in denen die Bauern endlos in einer Abfolge gefangen waren, wo sie etwas auspflanzten und dann abmähten, etwas anderes auspflanzten und es wieder abmähten! Diese Art von Fallen war einer der wichtigsten Gründe, warum sie sich schließlich entschlossen, die Landwirtschaft ganz aufzugeben. Deshalb kam es zu der massenhaften Wanderung vom Land in die Stadt: Die Migranten sind nicht nur „überschüssige Arbeitskräfte“, es gehören auch Alte und Kinder dazu. Zu dieser Zeit wies China in den städtischen Gebieten auch eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflation auf. Die Masse der normalen Chinesen fühlten sich daher überaus unsicher und unbehaglich, denn sie hatten seit langer Zeit nicht solche einander überlappenden Schwierigkeiten erlebt.

Die ländlichen und städtischen Probleme von 1986-1988 waren die gesellschaftlichen Hauptursachen des Chaos von 1989, das die China Watchers bis heute nicht richtig begriffen und analysiert haben. Aber es waren eben diese Probleme, die man als wesentliche Ursache der massenhaften Land-Stadt-Migration betrachten muss, die anscheinend plötzlich den städtischen Behörden und den Stadtbewohnern Kopfschmerzen bereiteten. Während des Frühlingsfestes 1993 waren alle großen Städte voller junger Leute aus dem ländlichen China. Das war auch der Hintergrund, vor dem Leslie Brown seinen Artikel „Who would feed China?“ zu Papier brachte. Für mich ist die entscheidende Frage: Sollen wir in Ländern wie China, Indien usw. einfach der Regel „alles für den Sieger“ folgen und es so gehen lassen – wenn die Leute verlieren, verlieren sie eben? Folgt China nicht manchen Ländern der „Dritten Welt“ und wiederholt den Weg und das Schicksal von Hunderten von Millionen der ländlichen Bevölkerung, die erst landlos und dann arbeitslos und schließlich obdachlos und hoffnungslos werden mussten, um eine neue städtische Unterklasse zu bilden?

Gibt es Alternativen?

Warum erscheint die Globalisierung in China und besonders für die Elite so attraktiv? Nach einigen Jahrzehnten, in denen verschiedene, sozialistische und andere Alternativen erprobt wurden, sah China sich am Ende des Kalten Krieges vor eine schwierige Situation gestellt: Wollt Ihr in den globalen Club eintreten oder nicht? Für die herrschende Elite, die sich sehr darum bemüht hat, scheint es

nur einen Weg zu geben, den universellen Weg der Entwicklung. Das ist die Grundlage des Globalismus-Diskurses und auch der Beweggrund für die eifrigen Bemühungen um die WTO, die Olympiade usw. All das wird zum Symbol für Modernisierung und Integration in die Welt.

Im Rahmen dieser Vorstellung von Globalisierung wurde der gesamte Prozess als *win-win*-Spiel betrachtet. Sollte es ein paar Konsequenzen der Entwicklung geben, die sich nicht immer so hübsch ausnehmen, so wurden sie entweder als Kosten oder Preis betrachtet, der eben zu zahlen sei, oder als notwendiges Stadium, durch das man hindurch gehen müsse. Arbeitslosigkeit, die Kluft zwischen Reich und Arm, regionale Ungleichheiten und selbst Korruption und Umweltverschmutzung – all dies erschien in gewissem Maße als gerechtfertigt. Wenn es Verlierer gibt, so liegt das einfach daran, dass sie nicht in der Lage waren, den Anforderungen zu genügen, nicht über die Fähigkeit verfügten, den Wettkampf zu gewinnen. Das ist das Gesetz des Dschungels.

Eine der wirklichen Herausforderungen und ein Dilemma für den Globalisierungsdiskurs ist folgendes: Was soll man mit der mobilen Bevölkerung machen, die auf der ganzen Welt präsent ist? Sollen Menschen aus den ländlichen Gebieten Chinas, Indiens und anderer Entwicklungsländer gleiche Chancen der Freizügigkeit erhalten? Das sind nicht ein paar Tausend und auch nicht ein paar Millionen, sondern mindestens mehrere hundert Millionen. Sollen auch sie in der Lage sein, die Chancen der Freizügigkeit auf dem globalen Markt zu nutzen? Wohin und wie können sie sich bewegen? Wenn nur einer oder eine von einer Million Menschen sich verzweifelt und hoffnungslos fühlt – wie können wir sicherstellen, dass er oder sie sich nicht zu extremen Handlungen hinreißen lässt?

Nur wenn wir die Schwierigkeiten erkennen, denen wir gegenüber stehen, haben wir die Möglichkeit, über Alternativen nachzudenken.

Nehmen wir zum Beispiel die Arbeitsmigration in China. Zahlenmäßig bestand die Migration in China seit den 1980er Jahren hauptsächlich aus der internen Bewegung ländlicher Arbeitskräfte in städtische Gebiete. Zig Millionen junger Menschen kamen so aus den Dörfern in nahe gelegene Kleinstädte, in Kreisstädte, in Provinzhauptstädte und auch in die Küstengebiete und die großen Metropolen. Diese Tendenz wird noch mindestens 20 bis 30 Jahre anhalten, und sie kann sich sogar verstärken und auf Hunderte von Millionen anschwellen, solange noch bis 2030 mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf dem Land leben und die Regierung ebenso wie die Forscher des *mainstream* weiter die Modernisierung – und besonders die Urbanisierung – vorantreiben.

Vor allem auf lange Sicht werden die Land-Stadt-Migration und die dauerhaftere Urbanisierung Chinas langfristiges Problem verringern, dass pro Kopf zu wenig Ackerland zur Verfügung steht, und zugleich werden so die Landbewohner und ihre Gemeinden hohe Einkünfte aus nichtlandwirtschaftlicher Beschäftigung er-

zielen. Andererseits ist es auch möglich, dass die Land-Stadt-Migration zur Herausbildung einer großen Unterklasse von Armen in den Städten führt, verbunden mit dem Niedergang der ländlichen Gemeinden und der ländlichen Wirtschaft.

Um den potenziellen Nutzen der Land-Stadt-Migration zu maximieren und ihre teilweise katastrophalen Konsequenzen zu vermeiden, müssen wir uns fragen, wie diese Migration von Arbeitskräften und ihren Familien – Kinder, Eltern oder jüngere Geschwister – aus den ländlichen Gebieten wirklich zu einem „win-win“-Spiel sowohl für die ländlichen wie auch für die städtischen Segmente der Gesellschaft werden und am Ende zu einem Prozess führen kann, in dem die Kluft zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten kleiner und nicht größer wird. In welchem Maße sollen unter diesem Gesichtspunkt das aktuelle Tempo und der Umfang der Arbeitsmigration aus den ländlichen in die städtischen Gebiete fortgesetzt werden und noch zunehmen?

Die Pläne der Regierung für die Urbanisierung sehen vor, dass bis 2030 etwa 50% der Gesamtbevölkerung in größeren und kleineren Städten leben und arbeiten sollen. Selbst wenn die gesamte künftige Land-Stadt-Migration erfolgreich und reibungslos verläuft, sie also in der Lage sein werden, ihren Status zu ändern und permanente Stadtbewohner zu werden,¹⁶ und wenn niemand erwerbslos oder obdachlos wird, so wird dies das Problem der Armut noch nicht automatisch lösen. In den Städten wird die Zahl der Armen groß bleiben und ebenso diejenigen umfassen, die durch die Neustrukturierung der Wirtschaft entlassen worden sind, wie die neu hinzu gekommenen Migranten, die sich häufig mit schlechter Bezahlung und geringen Sicherheiten und Sozialleistungen, also mit wenigen Schutzmechanismen werden zufrieden geben müssen und daher gesellschaftlich marginalisiert sein werden.

Die Migration wird auch kein Heilmittel für all die Übel sein, die die ländlichen Gebiete plagen. Selbst bei einer Urbanisierungsrate von 50% wird es 2030 noch immerhin 800 Mio. Menschen auf dem Lande geben, und sie werden weiterhin rückständig bleiben. Neue Formen der Ungleichheit werden dann eine neue Schicht ländlicher relativ Armer hervorbringen. Die ländlichen Armen sind nicht notwendig diejenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben; dazu werden auch diejenigen gehören, die sich die medizinische Grundversorgung oder die Erfüllung der Schulpflicht nicht leisten können, die nicht in der Lage sind, ein menschenwürdiges Leben zu führen und die daher gesellschaftlich ausgeschlossen werden.

Wenn wir uns mit diesen Problemen auseinander setzen, ist es nützlich, sich klar zu machen, dass es erstens keine Möglichkeit gibt, diese Land-Stadt-Migration zu stoppen; zweitens kann China nicht weiter Ressourcen aus den ländlichen Gebieten für die städtische Kapitalakkumulation abziehen, wie dies jahrzehntelang geschehen ist; drittens ist es aber zu früh und zu riskant, die landwirtschaft-

liche Ökonomie mit Subventionen aus Einkünften von den städtischen Sektoren zu versorgen.

Vor diesem Hintergrund stehen wir vor den folgenden Herausforderungen:

- a) Wenn wir *weder* sofort und vollständig das System der Haushaltsregister (*hukou*) abschaffen und so allen Menschen ein gleiches Anrecht darauf geben, eine städtische Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, *noch* einfach zu dem früheren System einer strikten Kontrolle der Migration zurückkehren wollen, können wir ein dann Konzept entwickeln, um das *hukou*-System allmählich so zu verbessern, dass es einen Urbanisierungsprozess bewirkt, der für die Menschen auf dem Land ebenso wie in der Stadt weniger einschneidend und auch weniger riskant im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung ist?
- b) Wenn wir *weder* die Belastung der Bauern drastisch durch die Abschaffung der nationalen Steuer auf Boden und Landwirtschaft reduzieren, *noch* an der übermäßigen Eintreibung von Mitteln von den Bauern festhalten wollen, können wir uns dann vorstellen, lediglich die verschiedenen Gebühren abzuschaffen, die die Dorf- und Bezirksbehörden von den Bauernhaushalten erheben, während zugleich die Landwirtschaftssteuer erhöht wird?
- c) Wenn wir das ländliche Ackerland *weder* privatisieren, um Großfarmen und höhere Produktivität zu erreichen, *noch* die Kollektivierung der Landwirtschaft verfügen, können wir uns dann vorstellen, den ländlichen Haushalten noch längerfristige, flexible Pachtverträge zu geben, die garantieren, dass das Stück Boden den ländlichen Haushalten weiterhin als Sicherheitsnetz dient, auch wenn ihre Arbeitskräfte vielleicht weggegangen sind, um nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen?
- d) Wenn wir das stadtzentrierte und die Elite begünstigende Erziehungssystem *weder* weiter verfolgen wollen, das vielleicht für ein paar individuelle, begabte Kinder aus den Dörfern ausgezeichnete Chancen bietet, aber den „Braindrain“ aus den ländlichen Gebieten verschlimmert, *noch* allen gebildeten Städtern Befehl geben, aufs Land zu gehen, um „den Bauern zu dienen“, können wir uns dann vorstellen, ein ausgewogeneres System zu schaffen, das lokal nutzbare Ausbildung in angepassten Technologien und Fertigkeiten für die Jugendlichen umfasst, die nicht willens oder in der Lage sind, eine höhere Schulbildung zu erwerben, und das zugleich Anreize für gebildete Städter schafft, mit und in den ländlichen Sektoren zu arbeiten?

Bei all diesen bestehenden – und zumeist wohlbekannten – konkreten Streitpunkten und Problemen stellt sich die Frage, was Wissenschaftler und Politikforscher während der kommenden Jahrzehnte möglicherweise an Leitlinien vorgeben können, die über die Beschreibungen und Erklärungen, über Argumente für oder gegen wohlbekannte Modelle hinausgehen und vielmehr originelle Einsichten und tiefeschürfende Analysen enthalten, die in der Lage sind, einerseits

zur Entwicklung auf der Makro-Ebene beizutragen und andererseits die Interessen der Menschen auf dem Lande und besonders der Armen und Marginalisierten zu wahren.

Für China ebenso wie für die Welt ist es noch zu früh für eine Antwort. Das wird der Lauf der Zeit erweisen.

Originaltitel: After September 11th: A Challenge to Whom?
Erstmals erschienen: <http://www.ssrc.org/> in März 2002.
Übersetzung: Reinhart Kößler

Anmerkungen

- ¹ Das Prinzip Maos wurde in der Form von „hohe Beschäftigung mit niedrigem Lohn, hohe Produktion mit niedrigem Konsum“ durchgeführt.
- ² Die Bezeichnung hat sich in der offiziellen Sprachregelung allmählich verändert, von „sozialistische Warenwirtschaft“ (1980er Jahre), „sozialistische Marktwirtschaft“ oder „Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen“ (Anfang 1990er Jahre) bis endlich zu „moderne Wirtschaft“ und „Integration in das globale Wirtschaftssystem“ (Ende 1990er Jahre bis heute).
- ³ Eines der mächtigsten der Anfang der 1980er Jahren neu geschaffenen Staatskomitees unmittelbar unter der obersten Führungsgruppe hieß genau „Staatskomitee für Systemreform“. Deng sagte klar und deutlich, die Reform sei eine Revolution.
- ⁴ Die Debatten waren in Wirklichkeit natürlich komplizierter. Anfangs meinten einige, das seit Anfang der 1950er Jahre etablierte System sei nicht sozialistisch, sondern staatskapitalistisch, einige hofften, mit der Aufgabe des alten ein neues „sozialistisches System mit humanistischen und demokratischen Eigenschaften“ erreichen zu können. Wieder andere erblickten Auswege darin, „die Wahrheit im Westen zu suchen“, unter Hinzurechnung Japans und der ostasiatischen Tigerstaaten.
- ⁵ Auch hier sind die Veränderungen in der amtlichen Sprachregelung interessant. Vor 1992 war „Warenwirtschaft“ eher üblich, seit 1992 ist „individuelles Eigentum“ populär geworden, als nämlich die Kommerzialisierung der sozialen Dienstleistungen, des Gesundheits- und Erziehungsbereichs gerechtfertigt wurde. Und heute ist häufiger von „Einführung von Marktbeziehungen“ die Rede, auch schon in der Satzung der KPCh. Es gab große Diskussionen unter den Wissenschaftlern, zumal unter neoliberalen Ökonomen, und es wurde aus diesen Kreisen erheblicher Druck ausgeübt, dass China bis 2003 seine Verfassung ändern müsse, um die „Privatisierung“ zu legalisieren. Es verdient festgehalten zu werden, dass der chinesische Premierminister auf seiner Jahrespressekonferenz 2001 den Auslandskorrespondenten erzählte, er habe in Europa einmal den früheren US-Präsidenten George Bush sen. getroffen, und Bush habe ihn gefragt, „Hallo, wie läuft's mit Eurem Privatisierungsprogramm?“ Der Premier antwortete: „Wir machen nicht Privatisierung, sondern Einführung der Marktbeziehungen“. Dann fuhr er fort: „Aber der ehemalige Präsident hat recht, es handelt sich sozusagen um das Übereinkommen in einer Sache in zwei Formulierungen“. Die Formulierung „Chinas Transition vom Sozialismus“ übernehme ich von Solinger (1993).
- ⁶ Dies bezeichnet die republikanische Bewegung unter Führung der von Sun Yatsen gegründeten *Guomindang* und damit die erste Revolution 1911 sowie die revolutionäre Bewegung der 1920er Jahre bis hin zur Errichtung der Volksrepublik 1949; d.Ü.
- ⁷ Dies bezieht sich auf das Einsetzen systematischer Kontakte mit dem Westen, bezeichnet durch den Ersten Opium-Krieg 1840; die Qing-Dynastie wurde 1911 gestürzt; d.Ü.

- ⁸ Das lässt sich dem weit verbreiteten, außerhalb Chinas veröffentlichten Buch von Li & Liu (1995) entnehmen, zwei führenden Intellektuellen der 1980er Jahre.
- ⁹ In diesem Beitrag unterscheide ich wie auch sonst in meinen Schriften zwischen Transition und Transformation, wobei sich ersteres auf den spezifischen Prozess des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft und -gesellschaft bezieht, während letzteres sich eher an Karl Polanyi anlehnt und auf gesellschaftliche Veränderung in einer weiteren historischen Perspektive verweist, die China in Überschneidung mit der „Transition“ erlebt hat, die aber viel früher eingesetzt hat. Beide Begriffe werden auf Chinesisch so häufig benutzt, dass sie gewöhnlich zweideutig und verwirrend sind, was auch für die Begriffe „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ vielleicht im Chinesischen ebenso wie im Englischen gilt. Gegenwärtig scheint es uns, als sei die Einführung der Marktbeziehungen gleichbedeutend mit dem Kapitalismus, wobei man die großen Werke von Fernand Braudel und anderen ignoriert. Jedenfalls bezeichnet „Transition“ ausschließlich den Wandlungsprozess vom „Sozialismus“ zum „Kapitalismus“.
- ¹⁰ Der Übergang zu differenzierteren Ansätzen zum Problem der Moderne in China wird erstmals erkennbar in dem kurzen, aber ausgezeichneten Aufsatz von Wang Hui (1998), der so viel Debatten und Kritik hervorgerufen hat, dass es scheint, als habe es offenbar Missdeutungen und Missverständnisse gegeben. Daran zeigt sich auch, dass die Intellektuellen in den 1980er Jahren in einem Ausmaß Konsens suchten, dass jegliche abweichenden, aber tieferen Interpretationen viele Unklarheiten und Schwierigkeiten verursachen können. Der Autor hat neuerdings eine weitere Analyse des strukturellen Wandels nach 1989 vorgelegt (s. *Taiwan: A Radical Quarterly in Social Studies*, No.42, Juni 2001; chin.). Die Hintergrundanalyse im vorliegenden Aufsatz hat diesen beiden Beiträgen viel zu verdanken, deren Autor zu den originellsten und kontroversten Intellektuellen in China aus meiner Generation gehört.
- ¹¹ Nach offiziellen Angaben lag die absolute Armut in China 2000 bei etwa 34 Mio. Menschen, aber nach meiner Schätzung, die auf Feldstudien der letzten zehn Jahre beruht, könnte diese Zahl unter Ausschluss der Arbeitslosen, der Unterbeschäftigten und der städtischen Niedriglohneempfänger und Rentner sogar doppelt so hoch sein.
- ¹² Es lohnt den Hinweis, dass die wörtliche Übersetzung des chinesischen Begriffs für „Vereinigte Staaten“ „Schönes Land“ (*Mei Guo*) ist. Selbst unter Mao machte sich China nicht vollständig von dieser Vorstellung vom „Schönen Imperialismus“ (*Mei Di*) frei, die unter Wissenschaftlern und Künstlern herrschte. Natürlich kann die sehr mitfühlende Stimmung nach dem 11. September auch etwas mit der chinesischen Kultur selbst zu tun haben, die wenigstens seit Konfuzius nie irgend eine Form terroristischen Handelns begünstigt hat. Selbst offizielle Sprecher haben, als sie danach gefragt wurden, ob China diese „Gelegenheit“ wahrnehmen werde, um seine Unterstützung an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, klargemacht, dass „der Kampf gegen den Terrorismus eine andere Sache ist und China hier nicht schachern wird“ (*International Herald Tribune*, 29.9.2001). Zudem besteht geradezu die Grundlage der konfuzianischen Tradition, wie das chinesische Sprichwort sagt, darin, „es sich nie zunutze zu machen, wenn andere in Gefahr sind“. Es wäre unmoralisch, „jemanden zu schlagen, der schon am Boden liegt“.
- ¹³ s. dazu Shu Chi (2001); Wang Xiaoming (2001); Chen Kuan-Hsing (2001); Wang Hui (2001).
- ¹⁴ s. zum folgenden Wang Xiaoming (2001); Wang Hui (2001); Zhang Rulun (2001); Huang Ping (2001b);
- ¹⁵ s. insbesondere Wang Hui (2001), Chen Kuan-Hsing (2001), Wang Xiaoming (2001), Huang Ping (2001b), Wang Jisi (2001), Zhang Lun (2001).
- ¹⁶ Bezug auf den behördlichen Aufenthaltsstatus, der den Zuzug in bestimmte Gebiete beschränkt, vgl. auch unten; d.Ü.

Literatur

- Brown, Leslie (1994): *Who would feed China?* Washington DC (Worldwatch Institute).
- Chen Kuan-Hsing(2001): „Ein Wendepunkt für das Amerika-Bild.“ In: *Dushu*, November 2001 (chin.).
- Deng Xiaoping (1984): *Selected Papers of Deng Xiaoping*. Beijing.
- Huang Ping (2000): *Cultural and Community Securities*. UNDP Workshop paper, Beijing, November 2000.
- Huang Ping (2001a): „Beyond Boundaries: Imagining Impossibilities“. Vortrag im International House of Japan, Tokyo, 28 Oktober 2001 (Druckfassung in *Asian Leadership Program, 2001*, Tokyo: International House of Japan, The Japan Foundation, 2002).
- Huang Ping (2001b): „Eine andere Dimension der Moderne“. In: *Dushu*, November 2001 (chin.) (s. auch *Sekai*, Tokyo, Dezember 2001).
- Li Zehou; Liu Zaifu (1995): *A Farewell to Revolutions: Looking Back at Twentieth Century China*. Hongkong.
- Shu Chi (2001): „Internationaler Terrorismus und internationale Politik.“ In: *Dushu*, November 2001 (chin.).
- Solinger, Dorothy (1993): *China's transition from socialism: statist legacies and market reforms, 1980-1990*. Armonk, NY.
- Wang Hui (1998): „Contemporary Chinese Thought and the Question of Modernity“. In: *Social Text*, 16.2, 1998, S. 9-44.
- Wang Hui (2001): „Das Versagen der Politik und die globale Demokratie“. In: *Dushu*, November 2001 (chin.).
- Wang Jisi: „Schocks der terroristischen Angriffe in den USA“. In: *Dushu*, Dezember 2001 (chin.).
- Wang Xiaoming (2001): „Das Versagen der Politik“. In: *Dushu*, November 2001 (chin.).
- Zhang Lun (2001): „Können wir zusammenleben?“ In: *Dushu*, Dezember 2001 (chin.).
- Zhang Rulun (2001): „Die Ursachen des Terrorismus“. In: *Dushu*, November 2001 (chin.).

Anschrift des Autors:

Huang Ping
 Institute of Sociology
 Chinese Academy of Social Sciences
 5 Jianguomen Nei Da Jie
 Beijing, 100732, China
 Email huangping@sociology.cass.net.cn